

Osnabrücker Jahrbuch
Frieden und Wissenschaft

II/1995

Dialog
Wissenschaft – Gesellschaft – Politik – Kultur

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

Hans-Joachim Wenzel

Flucht und Zwangsmigrationen in Mosambik. Ursachen, Auswirkungen und Handlungsperspektiven

1. Einleitung: Flüchtlingsbewegungen in Afrika und das Versagen der Politik

Im Verlauf der 1980er Jahre hat sich die Flüchtlingsproblematik weltweit und besonders in Afrika dramatisch verschärft. Viele der kriegerischen Auseinandersetzungen in den Entwicklungsländern sind Ausdruck der Süddimension des Ost-West-Konfliktes (»Stellvertreterkriege«). Diese Konstellation führte in vielen, strategisch wichtigen Ländern zu einer außergewöhnlichen Anhäufung von Waffen und Gewaltpotentialen. Die sog. Stellvertreterkriege überlagerten sich in vielen Regionen Afrikas mit den konfliktbeladenen Prozessen der Dekolonisierung und mit der Neubildung der formal unabhängigen Nationalstaaten. So überrascht es wenig, daß auch nach politischer Überwindung des Ost-West-Gegensatzes mehrere kriegerische Konflikte in den 90er Jahren fortgesetzt werden oder neue entflammen. Leidtragende und Opfer waren und sind jeweils die ländlichen und städtischen Bevölkerungen in den Krisenländern, die sich häufig nur durch Flucht (in benachbarte, als sicher geltende Länder oder innerhalb der Länder) der lebensbedrohlichen Lage entziehen können.

Afrika wird allgemein als Verlierer des Kalten Krieges und im Weltflüchtlingsszenario als »Kontinent der Flüchtlinge« bezeichnet. Die Weltflüchtlingsorganisation UNHCR (UN High Commissioner for Refugees) zählte in Afrika zu Beginn der 90er Jahre allein 40% der insgesamt weltweit auf der Flucht befindlichen 15 Millionen Personen. Dieser Berechnung liegt allerdings eine Definition von »Flüchtling« bzw. »refugee« zugrunde, die das Kriterium einer internationalen Grenzüberschreitung in den Mittelpunkt stellt. Der Flüchtlingsstatus wird demgemäß nur jenen zuerkannt, die keinen Schutz mehr durch ihr Heimatland genießen. Dieser Flüchtlingstyp muß jedoch um die in ihren afrikanischen Heimatländern Vertriebenen (internally displaced persons) ergänzt werden, die meist aus den gleichen Gründen ihre Herkunftsgebiete verlassen mußten wie die refugees. Ihre Zahl übersteigt die erstere Kategorie der internationalen Flüchtlinge bei weitem. In Afrika wird sie von Fachleuten auf über 15 Mio. Personen geschätzt. Darüber hinaus gibt es eine steigende Zahl von sog. Umweltflüchtlingen und solchen Vertriebenen, die z. B. durch Zwangsumsiedlungen oder andere strukturelle Zwänge in einzelnen Ländern – meist in den semiariden Subtropen – entstehen. Somit können wir feststellen, daß allgemein die Begriffe Flüchtling bzw. Vertriebener inhaltlich vielfältiger und komplexer sind als es der von der UNHCR verwandte und definierte Begriff »refugee« zum Ausdruck bringt.

Im Gegensatz zu den Flüchtlingen anderer Kontinente bleiben die afrikanischen Flüchtlinge jedoch fast ausschließlich in Afrika. Dieses mag ein wichtiger Grund sein, warum im Norden die Flüchtlingsbewegungen auf diesem Kontinent auch nur am Rande wahrgenommen werden – von einigen spektakulären Beispielen (z. B. Ruanda, Somalia/Horn von Afrika) einmal abgesehen. Einzelheiten über Ursachen und Auswirkungen sind noch weniger bekannt. Das gilt auch für die Flüchtlingsbewegungen in Mosambik, obwohl diese ein beredter Ausdruck für die Destabilisierung eines ganzen Landes sind.

Migrations- und Entwicklungsforscher bzw. -politiker bemängeln übereinstimmend, daß es bisher *keine überzeugende präventive Flüchtlingspolitik* gibt, welche die auslösenden Spannungen und Auseinandersetzungen kontinuierlich analysiert und Instrumente zur Verfügung stellt, um rechtzeitig gegensteuern zu können. Es konnten bisher weder die Vielfalt von Fluchtursachen und deren Verknüpfungen hinreichend herausgearbeitet und in »Frühwarnsysteme« umgesetzt werden, noch sahen sich die bi- und multilateralen Entwicklungsorganisationen bisher in der Lage, genügend Mittel für die Erforschung und die Ursachenbekämpfung der Flüchtlingsprobleme in den Entwicklungsländern selbst zur Verfügung zu stellen. So versucht man heute mehr, mit den Folgen von Zwangsmigrationen und Flüchtlingsbewegungen fertig zu werden und viele Gelder für die Beseitigung der unerwünschten Auswirkungen aufzubringen, anstatt in Kenntnis möglicher Ursachen und Abläufe präventiv einzugreifen. Flüchtlings- und Entwicklungspolitik werden heutzutage immer pointierter als Teile einer umfassenden Sicherheitspolitik verstanden (Stichwort: »Festung Europa«), in deren Kontext die Flüchtlinge und nicht die Fluchtursachen bekämpft werden – ein offensichtlich folgenreicher falscher Ansatz, um die wachsenden Flüchtlingsströme einzudämmen.

2. Kurzcharakteristik des Krisenlandes Mosambik

Bis 1974 gehörte das im südöstlichen Afrika gelegene Mosambik (vgl. Abb. 1) zum portugiesischen Kolonialbesitz. Erst danach wurde das Land nach einem mehrjährigen Unabhängigkeitskampf und nach der sog. Nelkenrevolution in Portugal von den kolonialen Fesseln befreit. Unter Führung der FRELIMO, die sich von einer Unabhängigkeitsbewegung in eine marxistische Staatspartei wandelte, schlug Mosambik fortan einen eng an den Ostblock angelehnten sozialistischen Entwicklungsweg ein. In den 80er Jahren wurde das Land in einen der grausamsten Stellvertreterkriege im Rahmen des Ost-West-Konflikts hineingezogen, der formal erst im Oktober 1992 durch die Friedensvereinbarung von Rom endete. Die ehemaligen Kriegsparteien, die FRELIMO und die früher von Südafrika und anderen politischen Kräften in Westeuropa und den USA unterstützte RENAMO bilden jetzt die beiden großen Parteien, die sich in der sehr fragilen Übergangsphase zur Demokratie unversöhnlich gegenüberstehen. Ein Mehrparteiensystem konnte nach 1989 errichtet werden, nachdem sich die FRELIMO vom Marxismus-Leninismus losgesagt hatte.

Mosambik ist flächenmäßig ca. 2,3 mal so groß wie die heutige Bundesrepublik. Das Land besitzt bedeutende Rohstoffe (z. B. Kohle, Eisenerz, Bauxit, Mangan, Erdgas) und ein beträchtliches Agrarpotential, das bei richtiger Inwertsetzung weit mehr als die derzeitige Bevölkerung von ca. 16 Mio. Einwohnern ernähren kann. Gängige agrare Exportprodukte waren und sind in geringen Mengen noch heute: Garnelen/Krabben, Cashewnüsse, Baumwolle, Tee, Sisal und Kopra.

In kolonialer Zeit erfüllte Mosambik wichtige Funktionen als Dienstleistungsökonomie für die Nachbarländer Südafrika und das ehemalige Rhodesien und erzielte dadurch beträchtliche Deviseneinnahmen. Zum einen übernahm das Land bedeutende Transitfunktionen zu den Häfen am Indischen Ozean (z. B. durch die Korridore in Süd- und Mittelmosambik). Zum anderen spielte Mosambik als Arbeitskräftereservoir (Wanderarbeiter) für Minen sowie Großfarm- und Plantagegebiete in Südafrika und Rhodesien eine wichtige Rolle. In einem geringeren Maße dienten die Küstenabschnitte auch als touristisches Zielgebiet vornehmlich für südafrikanische Touristen.

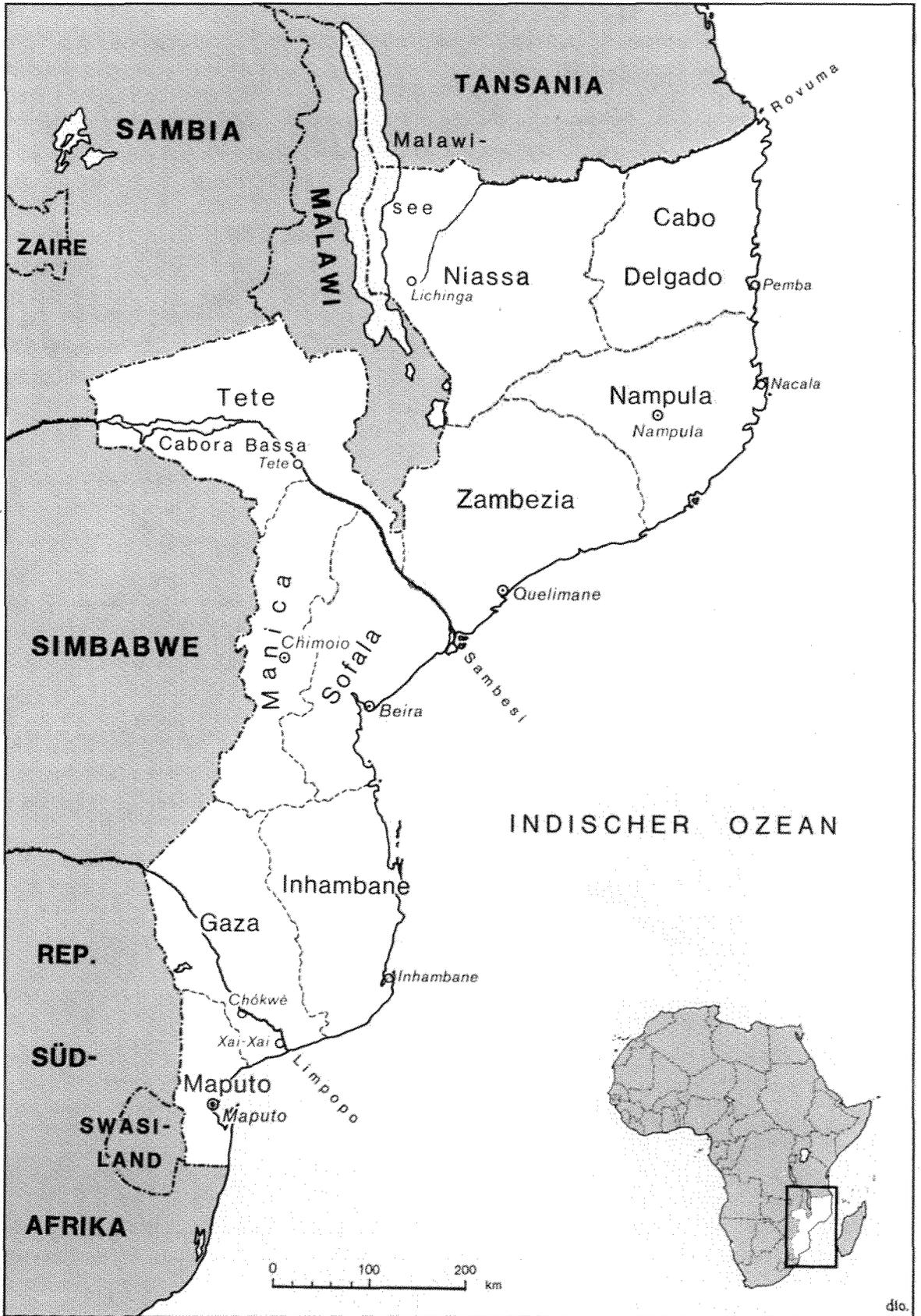


Abb. 1: Mosambik

In der sozialistischen Transformationsphase ab 1975 scheiterte die geplante Umgestaltung des Landes, insbesondere jene der ländlichen Produktions- und Sozialsysteme. Verantwortlich dafür war vor allem die unangepaßte Übernahme des sowjetischen Agrarmodells (mit Staatsbetrieben, Produktionsgenossenschaften und Gemeinschaftsdörfern), das die Interessen und Entwicklungsgegebenheiten der Kleinbauern grob ignorierte (die immerhin mit ihren Familien über 80% der Bevölkerung ausmachen). Im weiteren Verlauf der 80er Jahre überlagerte der sich zuspitzende RENAMO-Krieg alle weiteren Entwicklungsbemühungen. Dadurch kamen fast alle formalen Wirtschaftsaktivitäten, insbesondere in den ländlichen Regionen, zum Erliegen, und auch die o. a. Deviseneinnahmequellen versiegten weitgehend. Parallel dazu ging das Sozialprodukt kontinuierlich zurück, und es wuchs die Auslandsverschuldung. Anfang der 90er Jahre bestand das Sozialprodukt zu 70-75% (!) aus internationalen Hilfs- und Entwicklungsleistungen. So wandelte sich die wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Service Economy der Kolonialzeit in eine Aid Economy der Nachkolonialzeit, die heute weitgehend von Geldzuwendungen der westlichen Industriestaaten und der internationalen Organisationen abhängig ist.

3. Zwangswanderungen und Flüchtlingsbewegungen im kolonialen Mosambik

Bereits während der Kolonialzeit lösten vielfältige Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft strukturelle Veränderungen, Zwangsmigrationen und Vertreibungen aus, deren Folgen bis in die heutige Zeit nachwirken. Im folgenden werden jene Eingriffe analysiert, welche die zahlenmäßig stärksten Zwangswanderungen und Flüchtlingsbewegungen auslösten. Dabei wird zwischen diesen beiden begrifflichen Grundtypen kein grundsätzlicher Unterschied gemacht, da beide darauf beruhen, daß Personen, Familien und Bevölkerungsgruppen gegen ihren Willen gezwungen werden, ihr Herkunftsgebiet zu verlassen.

Am Anfang standen die externen Eingriffe in vorkolonialer und in frühkolonialer Zeit, die eine *Entvölkerung Mosambiks durch Sklavenexport und -handel* bewirkten. Die Sklaven wurden vornehmlich nach Brasilien und Kuba deportiert. Wie historische Recherchen ergaben, verlor Mosambik ca. 2 Millionen Menschen durch Sklaverei. Um 1820 wurden z. B. bis zu 30.000 Sklaven jährlich verschifft (meist von der Hafenstadt Quelimane aus); diese Zahl sank bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts auf ca. 15-20.000 jährlich. Selbst nach der offiziellen Abschaffung der Sklaverei wurden Ende des 19. Jahrhunderts noch 2-4.000 Sklaven jährlich aus Mosambik verschleppt. Die Sklaverei löste in Mosambik ebenso wie in anderen afrikanischen Regionen interne Fluchtbewegungen aus: Aus Furcht vor einer Zwangsverschleppung durch europäische und afrikanische Sklavenjäger flüchteten viele aus den Küstenregionen in das Landesinnere.

In der *kolonialen Phase*, verstärkt seit Beginn des 20. Jahrhunderts, griff die Kolonialmacht Portugal in vielfältiger Weise in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Mosambiks ein. Durch die Einführung von Kopf- und Hüttensteuern wurde ein struktureller Zwang ausgeübt, um die kleinbäuerliche Bevölkerung in die Geldwirtschaft einzugliedern und sie zur Aufnahme von Lohnarbeit zu zwingen (und ebenso zu einem veränderten Konsumverhalten). Die Folge davon war eine erzwungene Arbeitsmigration, in deren Kontext Wanderarbeiter ferner gelegene Arbeitsmärkte sowohl außerhalb wie auch innerhalb des Landes aufsuchten. Ein Wanderarbeiterstrom richtete sich in die Bergbaugebiete Südafrikas (Transvaal) und die Plantagen- und Großfarmgebiete Südafrikas und Rhodesiens und ein anderer in die Plantagengebiete innerhalb Mosambiks (vor allem in die Küstenregionen und nach Mittelmosambik). Die große Zahl der inter-

nationalen Wanderarbeiter (in allen Jahren über 100.000 jährlich, ergänzt durch viele »illegale« Wanderarbeiter) und der intranationalen Arbeitsmigranten führte zu folgenreichen ökonomischen und sozialen Destabilisierungen im ländlichen Kleinbauernsektor. Die subsistenzbäuerlichen Produktionssysteme wurden durch den Abzug der männlichen Arbeitskräfte in ihrer Überlebensfähigkeit entscheidend geschwächt. Der Arbeitskräfteabzug aus der Kleinbauernlandwirtschaft erfuhr zudem noch eine entscheidende Verschärfung durch die Zwangsarbeit, Chibalo genannt, derzufolge die Kleinbauern – oft mitsamt ihren Familien, Frauen und Kindern – minimal entlohnte Zwangsarbeit auf den Plantagen der Portugiesen (Zucker, Kokospalmen, Tabak, Tee, Baumwolle) ableisten mußten. Dieser Zwangsarbeit, die auch beim Bau von Straßen, Eisenbahnen, Häfen u. ä. angewandt wurde, konnte man sich nur durch Wanderarbeit ins Ausland oder durch den Zwangsanbau von (abzuliefernder) Baumwolle entziehen. Auf diese Weise wurde die kleinbäuerliche Subsistenzwirtschaft zwangsweise der Kolonialwirtschaft untergeordnet mit der Folge, daß die kleinbäuerliche Familienwirtschaft ihre Subsistenz oftmals nicht mehr selbst sicherstellen konnte. Häufiger auftretende Ernährungsengpässe und Hungersnöte, z. B. zu Beginn des 20. Jahrhunderts, bildeten die konsequente Folge dieser Schwächung der kleinbäuerlichen Produktions- und Sozialsysteme.

Bekanntlich behauptete das diktatorische Portugal besonders lange und nachdrücklich seine Position als Kolonialmacht in Afrika (gleichermaßen in Angola, Mosambik, Guinea Bissau, Kap Verde). Die Verweigerung der Unabhängigkeit führte in den betroffenen Ländern – so auch in Mosambik – zu einer Reihe von Entkolonisierungskriegen, die schließlich, unterstützt durch die sog. Nelkenrevolution in Portugal, 1975 zu der formalen Unabhängigkeit dieser Staaten führte. Im Rahmen des von der FRELIMO von Tansania und später von den Nordprovinzen aus (Cabo Delgado und Niassa – vgl. Abb. 1) geführten Unabhängigkeitskrieges versuchten die Portugiesen mittels einer *Politik der Zwangsumsiedlungen*, die antikolonialen Erhebungen zu bekämpfen und niederzuschlagen. Die traditionell in weilerartigen Siedlungen lebende ländliche Bevölkerung wurde unter Anwendung von Zwang in militärisch besser zu kontrollierende Siedlungen, den sog. Aldeamentos, umgesiedelt. Im Zuge dieser Massenzwangsumsiedlungen entstanden z. B. bis 1973 in Mosambik ca. 900 Aldeamentos mit insgesamt 1,3 Mio. zwangsumgesiedelten Einwohnern. Viele Mosambikaner flohen auch während des Unabhängigkeitskrieges außer Landes (von denen später die UNHCR allein 80.000 offiziell repatriierte). Ca. 500.000 Personen wurden darüber hinaus in dieser Dekolonisierungsphase zu Flüchtlingen im eigenen Land.

Es ist also festzuhalten, daß bis zum Vorabend der Unabhängigkeit bereits viele Zwangswanderungen und Vertreibungen in Mosambik nachweisbar sind, welche die regionalen Bevölkerungs- und Sozialstrukturen nachhaltig veränderten.

Nach Erlangung der Unabhängigkeit verließen dann über 200.000 der insgesamt ca. 230.000 Portugiesen fluchtartig das Land. Die ganz überwiegende Mehrzahl dieser sog. »retornados« floh zurück nach Portugal, von wo aus sie erst verstärkt in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts eingewandert waren. Eine Minderheit siedelte in den Apartheidstaat Südafrika über, um fortan von dort aus die jetzt folgende sozialistische Umgestaltung in Mosambik zu bekämpfen.

4. Flüchtlingsbewegungen und Zwangswanderungen im nachkolonialen Mosambik

Die Befreiungsfront FRELIMO übernahm 1975 als Regierungspartei die Macht; sie verfolgte als Avantgarde- und Kaderpartei nach marxistischem Vorbild eine *sozialistische Umgestaltung Mosambiks* in Anlehnung an das sozialistische Modell des Ostblocks. Das bedeutete für die ländlichen Räume die Errichtung von Staatsfarmen, in die über 90% aller Agrarinvestitionen hineinfließen, und die Umgestaltung der kleinbäuerlichen Produktionssysteme in Produktionsgenossenschaften und ihre siedlungsmäßige Zusammenfassung in Gemeinschaftsdörfer. Die Umgestaltung des ländlichen Raumes wurde ohne Mitwirkungsmöglichkeiten der betroffenen Kleinbauern geplant und zudem sehr schnell von einer unerfahrenen Bürokratie gegen die sozialen und kulturellen Traditionen der Kleinbauernbevölkerung durchgesetzt. Dabei kamen viele direkte und indirekte Zwangsmittel zum Einsatz. Anfang der 80er Jahre lebten trotzdem erst knapp 2 Mio. (unter 20%) der ländlichen Bewohner in den aus ideologischen und sicherheitspolitischen Gründen errichteten Gemeinschaftsdörfern. Diese knüpften zudem häufig an die verhassten Wehrdörfer (*Aldeamentos*) der Portugiesen an; darüber hinaus entstanden sie oft im Anschluß an Überschwemmungskatastrophen im Sambesi- bzw. Limpopotal, oder sie wurden für zurückkehrende Flüchtlinge aus Malawi und Tansania errichtet. Aus ökonomischer und sozialer Sicht endeten die sozialistischen Umgestaltungen des Agrarsektors, die den dominierenden Kleinbauernsektor nur als eine zu vernachlässigende Restgröße behandelten, in einer Sackgasse. Ihr Scheitern wurde nach 1981 noch durch den mit äußerster Brutalität geführten RENAMO-Krieg¹ beschleunigt. Der RENAMO-Krieg gegen wehrlose Dörfer und gegen die ländliche Bevölkerung erfaßte in den 80er Jahren immer größere Teile der ländlichen Räume und koppelte diese vom politischen und ökonomischen Zugriff des Staates weitgehend ab. Obwohl die Sicherheitslage anfangs nicht ursächlich für die Agrarkrise und die Krise des ländlichen Raumes (und damit indirekt auch für die Versorgungskrise der Städte) verantwortlich war, geriet sie im Laufe der 80er Jahre immer mehr in die Rolle eines verursachenden Faktors, der jegliche Normalisierung und mögliche Entwicklung fundamental blockierte. In Folge der Kriegshandlungen und militärischen Operationen flohen große Teile der ländlichen Bevölkerung in die relativ sicheren Umlandbereiche der Städte und größeren Siedlungen und in die militärstrategisch besser geschützten Korridore (Beira-, Tête-, Limpopokorridor) sowie in das benachbarte Ausland (Malawi, Zimbabwe, Südafrika, Zambia, Tansania, Swasiland).

Die *Folgen dieses Krieges* kommen eindrucksvoll in der Abb. 2 zum Ausdruck: Bis auf die erwähnten relativ sicheren Korridore und größeren Städte wurde quasi das gesamte Land ökonomisch und sozial destabilisiert. In weiten Gebieten vor allem Zentralmosambiks war der Zugang infolge zerstörter Infrastrukturen und des militärischen Übergewichts der RENAMO überhaupt nicht möglich (nur per Flugzeug oder zu den Hafenstädten per Schiff), und in anderen Regionen gelang ein meist gefahrvoller Zugang nur mit Hilfe militärisch geschützter Konvois.

Auswirkungen dieses Kriegsterrors vornehmlich auf Flucht und Vertreibung kommen überdeutlich in folgenden Zahlen zum Ausdruck, die gleichzeitig die enormen Größenordnungen des notwendigen Wiederaufbaus verdeutlichen:

¹ Die RENAMO wurde übrigens 1975 vom damaligen rhodesischen Geheimdienst in Mosambik gegründet, um gegen das befreite, sozialistische Mosambik und die von hier aus operierenden zimbabwischen Befreiungstruppen vorzugehen. Nach der Befreiung Zimbabwes 1980 übernahm Südafrika die Unterstützung der RENAMO im Frontstaat Mosambik, wobei auch materielle Hilfen aus den USA und Europa an die RENAMO geleistet wurden (vgl. Kap. 2).

- fast 1 Mio. Kriegstote, davon über 100.000 durch direkte Kriegshandlungen Umgekommene;
- 250.000 verwaiste Kinder;
- 1,5 Mio. ins Ausland Geflüchtete (davon allein fast 1 Mio. in den kleinen Nachbarstaat Malawi) – diese werden als refugiados bezeichnet;
- 4 Mio. intranationale bzw. Binnenlandflüchtlinge – diese werden als deslocados bezeichnet;
- nahezu die gesamte ländliche Bevölkerung, die unter schwierigen Sicherheits- und Lebensbedingungen in ihren ländlichen Heimatgebieten wohnen blieb, muß zu den absoluten Armutgruppen (den sog. afectados) gezählt werden (wie übrigens auch einige städtische Bevölkerungsgruppen);
- im Krieg erfolgte eine Zerstörung der meisten Infrastrukturen, darunter
- 3.100 Schulen (ca. 50% – dadurch verloren über 820.000 Schüler den Zugang zu ihren Schulen) und
- 324 (über 50%) zerstörte Gesundheitsstationen und -zentren.

Der RENAMO-Krieg machte also $\frac{1}{3}$ der mosambikanischen Bevölkerung zu Flüchtlingen (bezogen auf die vor allem betroffene ländliche Bevölkerung liegt diese Quote noch bedeutend höher). Auch die meisten im ländlichen Raum Verbliebenen konnten infolge des Kriegsterrors keiner geregelten Wirtschaftstätigkeit nachgehen. Erschwerend kamen noch außergewöhnliche Dürren hinzu, jene von 1981-84 und jene (als sog. Jahrhundertdürre bezeichnete) von 1990-92, die den kriegsbedingten Flüchtlingsstrom erheblich anschwellen ließen. Allerdings kehrten viele der Dürreflüchtlinge nach Normalisierung der Niederschlagsverhältnisse wieder in ihre Heimatgebiete zurück. Diese hohe Rückkehrbereitschaft konnte jedoch nicht bei den kriegsbedingten Flüchtlingen nachgewiesen werden. Bei letzteren ist allerdings zu bedenken, daß ein erheblicher Teil von ihnen mittlerweile zu den Verstädterungsmigranten zu zählen ist, die sich mehr von den alternativen wirtschaftlichen, job- und versorgungsbezogenen Möglichkeiten in den Städten angezogen fühlen (vgl. Kap. 5).

Der außergewöhnliche Leidensdruck der mosambikanischen Bevölkerung und auch die Einsicht, daß keine der Kriegsparteien in der Lage ist, eine endgültige militärische Entscheidung zu ihren Gunsten herbeizuführen, brachten Friedensverhandlungen in Gang. Diese wurden entscheidend durch die Überwindung des Ost-West-Konfliktes beschleunigt. Nach einer fast 3jährigen Verhandlungsdauer unterzeichneten die Kriegsparteien im Oktober 1992 die *Friedensvereinbarung von Rom*. Mit Hilfe verschiedener UNO-Organisationen und unter Einsatz von UNO-Truppen wird seitdem versucht, den Friedensprozeß zu stabilisieren und die ersten freien Wahlen, die vom 27.-29. Oktober 1994 stattgefunden haben, vorzubereiten. Aufgrund der deprimierenden Erfahrungen in Angola, wo die Kämpfe vom Verlierer der Wahl, der UNITA, wieder aufgenommen wurden, traf man in Mosambik weitreichende Vorsichts- und Vorbereitungsmaßnahmen. So deuten trotz aller Probleme (vgl. Kap. 5) viele Zeichen eher darauf hin, daß in Mosambik ein Übergang in eine friedvollere Zukunft gelingen könnte.

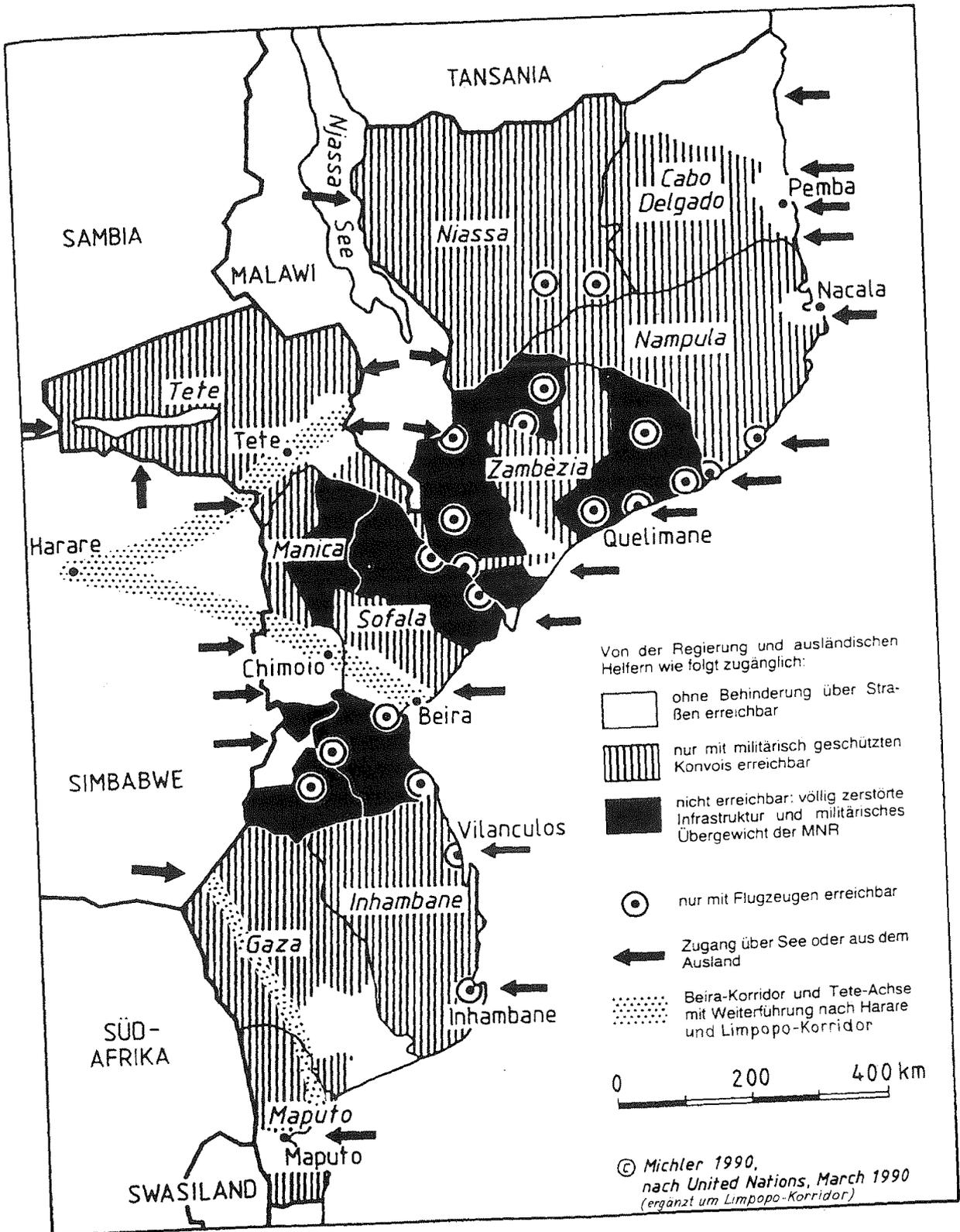


Abb. 2: Kriegssituation in Mosambik 1990

5. Repatriierung und Reintegration der Flüchtlinge. Lösungsansätze und Probleme

In der Vergangenheit haben ungelöste Flüchtlingsprobleme häufig neue Konflikte und Vertreibungen ausgelöst. Wenn schon – wie eingangs betont – eine präventive Flüchtlingspolitik, die Vertreibungen rechtzeitig zu verhindern versucht, nicht erkennbar ist, so muß ein Hauptaugenmerk zumindest auf die nachfolgende langfristige Beseitigung der zugrundeliegenden Ursachen von Flüchtlingsproblemen gerichtet sein. Erst nach dauerhafter Eliminierung der konfliktauslösenden Faktoren kann eine wirklich erfolgreiche Repatriierung und Reintegration der Flüchtlinge stattfinden. Ergänzend müssen *Entwicklungsprogramme für Rückkehrer* und Rückkehrergebiete hinzutreten, um den Betroffenen ein Mindestmaß an Sicherheit zu gewähren und ihnen eine infrastrukturelle und produktionsmäßige Überlebensbasis zu verschaffen. Dazu gehören auch so wichtige Maßnahmen wie Demobilisierung der kriegführenden Parteien und Entminung der unzugänglichen Straßen und Gebiete. Somit werfen Flüchtlingsprobleme und ihre Überwindung nicht nur soziale, soziokulturelle und humanitäre, sondern auch politische wie ökonomische Fragen auf. Von Mosambik, das in so vielfältiger Weise von der Flüchtlingsproblematik betroffen ist, kann behauptet werden, daß jede zukünftige Entwicklung vom Erfolg der Reintegration der Auslands- und Binnenlandflüchtlinge entscheidend abhängt. Ebenso wird eine konfliktfreie Zukunftsentwicklung bestimmt vom Gelingen der Demobilisierung der Soldaten beider kriegführenden Parteien, der RENAMO und FRELIMO. Wenn eine Entwaffnung und Auflösung aller Truppenteile nicht gelingt, kann mit Hilfe des verbliebenen Waffen- und Gewaltpotentials die Sicherheitslage schnell wieder destabilisiert werden.

Zum Zweck der Reintegration führen jetzt verschiedene UNO-Organisationen *Unterstützungsprogramme* durch und sichern diese durch die Präsenz von UNO-Truppen ab. Derzeitig wird von der UNHCR die größte Repatriierungsaktion ihrer Geschichte organisiert, um alle Auslandsflüchtlinge nach Mosambik zurückzuführen. Damit die Repatriierung in einen langfristig nachhaltigen Integrationsprozeß einmünden kann, unterstützt die UNHCR in den wichtigsten Rückkehrergebieten den Wiederaufbau der grundbedürfnisorientierten Infrastrukturen. Diese Unterstützung bezieht sich auf den Wiederaufbau grundlegender materieller und sozialer Infrastrukturen wie Straßen, Brücken, Schulen, Gesundheitsstationen, Brunnen zur Wasserversorgung und Mühlen. Das dabei angewandte Konzept der sog. QUIPS (Quick Impact Programmes) umfaßt einfache, schnell implementierbare und kostengünstig zu erstellende Mikroprojekte, die relativ schnell mit Hilfe arbeitsintensiver Maßnahmen und auf der Basis regional/lokal verfügbarer Ressourcen errichtet werden können bzw. an vorhandenen, zerstörten Strukturen anknüpfend wieder aufgebaut werden können. Die QUIPS basieren auf den Erfahrungen, die bei der Reintegration von Flüchtlingen in Nicaragua und auch Afghanistan gewonnen wurden. Sie werden jeweils gekoppelt mit Maßnahmen zur Wiederaufnahme und Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion (z. B. durch Saatgut- und Arbeitsgeräteelieferungen). Wo immer möglich, erfolgt eine Koppelung der QUIPS mit arbeitsintensiven Maßnahmen, bei denen der Einsatz entwickelter Technologien zugunsten des Einsatzes der ländlichen Arbeitskräfte zurückzustehen hat (z. B. im Rahmen von cash for work-Programmen). Dieses gilt besonders für die Straßenrehabilitierung bzw. den Straßenbau und die Errichtung sozialer Infrastrukturen wie Schulen und Gesundheitszentren. Über Lohnzahlungen entsteht Kaufkraft in den ländlichen Haushalten. Es kann ein Austausch von Gütern und Dienstleistungen zustande kommen, und dadurch werden lokale, kleinräumlich verbundene Wirtschaftsaktivitäten angeregt. Allerdings werden

diese Sofortprogramme ohne Partizipation der Betroffenen entwickelt und geplant. Die Stärkung der Selbsthilfe und die Fähigkeiten zur Selbstorganisation spielen dabei keine Rolle, und auch verwendete materielle Ressourcen (z. B. Fenster, Türen, Dachkonstruktionen, Materialien zum Brunnenbau etc.) stammen selten, wie gefordert wurde, aus der engeren Region. Ungeklärt sind ebenso zukünftige Unterhaltungsprobleme der rehabilitierten oder neu erstellten Infrastrukturen und Einrichtungen sowie teilweise ihre materiellen und personellen Ausstattungen (z. B. bei Gesundheitsstationen und Schulen). Insofern bleibt die Frage ungeklärt, inwieweit die QUIPS später auch wirklich in nachhaltige und dauerhafte Strukturen überführt werden können.

In der Phase der Friedensverhandlungen in Rom und unmittelbar nach den Friedensvereinbarungen im Oktober 1992 kehrten viele Auslandsflüchtlinge spontan nach Mosambik zurück. Eine schnelle Rückkehr erscheint sowohl aus der Sicht der Aufnahmeländer wie auch aus der Sicht des Rückkehr- und Heimatlandes Mosambik durchaus wünschenswert. Jedoch wird hierin ein mehrfaches Dilemma deutlich, weil zunächst einmal während der Verhandlungen noch eine Reihe von Kriegshandlungen und Übergriffen stattfand. Darüber hinaus erfuhren die Spontanrückkehrer keinerlei Unterstützung zur Reintegration. Ihre Rückkehr erfolgte sozusagen in eine sehr unsichere regionale Situation hinein, so daß die Gefahr einer schnellen Weiterwanderung in die ohnehin überfüllten Städte besteht.

Die von der UNHCR unterstützte *Rückführaktion* verläuft dagegen in mehreren, sinnvoll aufeinander aufbauenden Phasen: Zunächst einmal werden die Flüchtlinge in den Lagern z. B. in Malawi und Zimbabwe informiert und auf die heutige Situation im Heimatland vorbereitet. Erst danach erfolgt der Transport (u. a. nach Erhalt von Saatgut und Arbeitsgeräten) nach Mosambik – mit kurzen Zwischenaufenthalten in Transitcamps und einem anschließenden eigenverantwortlichen oder bei weiteren Entfernungen staatlich unterstützten Weitertransport in die gewünschten Zielgebiete (die häufig mit den ursprünglichen Herkunftsgebieten übereinstimmen). Parallel dazu soll die Rehabilitierung der materiellen und sozialen Infrastrukturen sowie die notwendige Entminnung zumindest von Straßen und Wegen erfolgen, so daß die Rückkehrer zunächst einmal minimale Basisstrukturen zum Überleben vorfinden. Darüber hinaus müssen die Rückkehrer bis zum Einbringen der ersten eigenen Ernte durch Nahrungsmittelhilfen unterstützt werden.

Die in diesem mehrstufigen Prozeß zurückkehrenden Flüchtlinge scheinen derzeit die einzige Gruppe zu bilden, die entsprechend der traditionellen ländlichen Siedlungsstruktur (Einzelhöfe, Weiler) dispers in die ländlichen Räume hineinsiedeln. Im allgemeinen steht, wie ich mich auf einer Forschungsreise im September 1994 überzeugen konnte, genügend Land für die Wiederansiedlung zur Verfügung. Weite ländliche Räume sind heutzutage, auch aufgrund des Kriegsterrors, relativ dünn oder überhaupt nicht besiedelt. Außerdem kann das Agrarpotential bis auf einige niederschlagsarme Räume im Süden und Nordwesten des Landes (wo Regenfeldbau nicht möglich ist) als relativ gut gelten. Viele Flüchtlinge bevorzugen bei ihrer Rückkehr offensichtlich agrarökologisch günstige Gebiete. Wie z. B. eine Feldstudie einer Osnabrücker Geographie-Diplomandin im Barue-Distrikt/Manica-Provinz im Juli/August 1994 ergab, gehen viele Familien nicht in ihre alten Herkunftsgebiete zurück. Sie wählen relativ grenznahe Gebiete mit guten Böden und einem hohen landwirtschaftlichen Ertragspotential sowie einem guten Zugang zu einer Hauptstraße. Inwieweit sich aus dieser Allokation der neuen Kleinbauernstellen weitere Konflikte mit älter legitimierten Ansprüchen ergeben werden, ist derzeit schwierig abschätzbar. Da in der Regel jedoch die aufnehmenden Dorfgesellschaften nicht auf die Ankunft der Neusiedler und Rückkehrer vorbereitet werden und es nur

im Ausnahmefall zu Abstimmungen zwischen den verschiedenen Gruppen kommt, könnte sich hier ein gewisses Konfliktpotential anhäufen.

Weitere Überlegungen sprechen dafür, daß sich in den Zuwanderungsgebieten eine fragile Situation abzeichnet, die weitere nicht gewollte Abwanderungen auslösen könnte. Die Flüchtlinge, die sich in den Lagern z. T. über 10 Jahre, viele über 5 Jahre aufhielten, waren dort ganz überwiegend an einen akzeptablen Versorgungsstandard gewöhnt, der jetzt mittelfristig so nicht gehalten werden kann. Sie genossen – wie unsere Untersuchungen ergaben – eine relativ gesicherte Ernährung und Wasserversorgung, nur das Besorgen bzw. Sammeln von Brennholz stellte ein schwierigeres Problem dar. Hinzu traten eine gesicherte medizinische Betreuung, Spielräume bei der schulischen Selbstorganisation und Weiterbildung sowie die Möglichkeiten, durch informelle Tätigkeiten ein bißchen dazu verdienen zu können. Viele Flüchtlinge konnten sich vor allem in handwerklichen Tätigkeiten weiterbilden (vor allem in den Lagern in Zimbabwe), so daß sie heute oft einen höheren Bildungs- und Qualifikationsstandard besitzen als vor der Flucht. Diese Bedingungen erhöhen aber gleichzeitig die Erwartungshaltungen vieler Rückkehrer. Wenn sich nun die Hoffnungen der Flüchtlinge nicht erfüllen und die infrastrukturelle, ökonomische und soziale Situation in den ländlichen Zielgebieten defizitär bleibt (wofür mehrere Indizien sprechen), besteht die Gefahr, daß die Flüchtlinge in die ohnehin überfüllten Distrikt- und Provinzstädte abwandern.

Ein weiteres großes Problem für die Nachkriegsentwicklung liegt in der Tatsache, daß die von der UNHCR unterstützte Entwicklung nur in den Gebieten mit höheren Flüchtlings- und Rückkehrerzahlen zum Tragen kommt. Die UNHCR weiß sich gemäß ihrem Selbstverständnis in erster Linie der Gruppe der internationalen Flüchtlinge verpflichtet. Dadurch entsteht eine krasse Benachteiligung der ländlichen Gebiete, die vor allem durch die Abwanderung von Binnenflüchtlingen (*deslocados*) gekennzeichnet sind oder die während des Krieges weiterhin besiedelt waren und in die jetzt kaum Flüchtlinge zurückkehren. Die *affectedos* der letzteren Gebiete und auch viele *deslocados* sind häufig durch Kriegseinflüsse noch stärker in Mitleidenschaft gezogen und in einer äußerst schwierigen Lage (was z. B. sehr deutlich im Norden und Süden der Provinz Manica (vgl. Abb. 2) zu beobachten ist). Somit bleibt festzuhalten: Die Unterscheidung zwischen Auslandsflüchtlingen (*refugiados*), Binnenlandflüchtlingen (*deslocados*) und »nur« Kriegsbetroffenen (*affectedos*) erscheint im Hinblick auf eine notwendige Unterstützung im ländlichen Raum wenig sinnvoll. Die Not ist bei allen Gruppen gleichermaßen hoch.

Wie vorher begründet, stellt im Nachkriegsmosambik auch die *Umsiedlung der deslocados* eine schwierig zu lösende Entwicklungsaufgabe dar. Unterschiedliche Schätzungen gehen von 4 Millionen und mehr internen Flüchtlingen und Migranten aus (vgl. Kap. 4), was im Verlaufe des Krieges zu einer extrem ungleichgewichtigen Siedlungsstruktur geführt hat. In den relativ sicheren Umlandzonen aller größeren Provinz- und Distriktstädte verursachte die Zuwanderung eine unkontrollierte Verstädterung. Sie erzeugte einen wachsenden Problemdruck mit gravierenden, teilweise sich selbst verstärkenden ökonomischen, sozialen und ökologischen Beeinträchtigungen. Nahrungsmittelknappheit, Hunger, fehlende bzw. ungenügende Versorgungsinfrastrukturen, unzureichende Wohnbedingungen, Hygiene- und Gesundheitsprobleme sind dominierende Charakteristika des Überlebenskampfes in diesen überfüllten städtischen Zuzugsgebieten. Umweltprobleme ergeben sich vor allem aus der Zersiedlung und Landverknappung im Umland der Städte, speziell infolge von Übernutzung, Überweidung und Abholzung. Dadurch werden schwerwiegende, teilweise irreversible Erosions- und Ökologieschäden ausgelöst. Wegen der mannigfaltigen negativen Folgen der Siedlungsverdichtung steht deshalb

das regionalpolitische Ziel im Vordergrund, viele Flüchtlinge und Stadtzuwanderer wieder zur Rückkehr in ihre Heimatgebiete zu bewegen.

Eine solche Rückkehr wird allerdings, wie unsere Untersuchungen ergaben (vgl. Wenzel, Weyl 1992), von den meisten Zuwanderern nicht in Erwägung gezogen. Dieses liegt zum einen an den als mangelhaft und unsicher empfundenen Lebensbedingungen und den fehlenden Einrichtungen in den ländlichen Räumen ebenso wie an der Gewöhnung der Vielfalt der Reproduktionsmöglichkeiten in den Städten (vor allem durch Tätigkeiten im sog. informellen Sektor). Zum anderen ist zu bedenken, daß sich die Stadtzuwanderer aus drei Typen mit unterschiedlichen Interessen zusammensetzen, wie empirische Untersuchungen am durchaus repräsentativen Beispiel der Stadt Chimoio belegen (vgl. Wenzel, Weyl 1992). Neben den Kriegsflüchtlingen gibt es vor allem die jobsuchenden Stadtzuwanderer. Beide Gruppen machen jeweils ca. 40% aus. Diese beiden Typen werden noch überlagert durch die Dürreflüchtlinge, die infolge der Jahrhundertdürre 1990-92 ihre Heimatgebiete verließen und die noch am ehesten an einer schnellen Rückkehr interessiert sind. Insgesamt äußerten nur 34% der Familien den Wunsch, nach Beendigung des Krieges in die ländlichen Herkunftsdörfer zurückkehren zu wollen. Je länger sie in den Stadtrandgebieten wohnen und sich den dort herrschenden schwierigen Lebensbedingungen angepaßt haben, desto seltener kann eine Rückkehrbereitschaft nachgewiesen werden. Somit bleibt festzuhalten, daß der Großteil der Binnenflüchtlinge entschlossen ist, als Verstädterungszuwanderer in den städtischen Räumen wohnen zu bleiben. Auf der einen Seite können dadurch die Überverstädterungsprobleme kurzfristig nicht gelöst werden, auf der anderen Seite verfestigen sich nicht erwünschte regionale Ungleichgewichte in der Siedlungsstruktur. Nur eine erhebliche Attraktivitätssteigerung der ländlichen Kleinbauerngebiete könnte eine Wende herbeiführen. Dafür stehen allerdings nicht genügend Entwicklungs- und Investitionsmittel und auch keine überzeugenden Planungskonzepte zur Verfügung. Außerdem muß bezweifelt werden, ob in Mosambik der ländlichen Regionalentwicklung jemals in der erforderlichen Weise politische Priorität eingeräumt werden wird.

Für eine friedliche Entwicklung nach den ersten freien Wahlen im Oktober 1994 spielt auch die *Demobilisierung aller FRELIMO- und RENAMO-Soldaten* eine entscheidende Rolle. Niemand kennt ihre genaue Zahl; die meisten Schätzungen bewegen sich zwischen 65.000 und 100.000. Berücksichtigt man zudem die Familienangehörigen der Soldaten, so sind von diesem Demobilisierungsprozeß fast 500.000 Personen betroffen. Auch über die Menge der abzuliefernden Waffen herrscht Unklarheit. Beide ehemaligen Kriegsparteien verdächtigen sich gegenseitig, nicht alle Waffen abzuliefern. Vermutlich haben beide recht. Dadurch ist ein Unruhe- und Konfliktpotential vorhanden, welches auch in Zukunft die Lage in einigen Regionen destabilisieren kann.

Ein *latentes Gewaltpotential* wurde bereits im Demobilisierungsprozeß selbst offensichtlich. Viele Soldaten wehrten sich sehr massiv und erfolgreich gegen den zu langsamen Demobilisierungsprozeß, gegen den zu langen Aufenthalt in den Auffanglagern, gegen dort herrschende unbefriedigende Lebensbedingungen (Wasserversorgung, Decken etc.), gegen unzureichende Abfindungszahlungen etc. Wegen Kriegsmüdigkeit und allgemein schlechter Erfahrungen (z. B. ausbleibende Soldzahlungen) finden sich derzeit auch nicht genügend Soldaten bereit, der neu aufzubauenden kleineren Armee beizutreten.

Ein Gefahrenpotential erwächst zukünftig auch aus der Tatsache, daß es aufgrund unzureichender Mittel und Konzepte nur teilweise gelingen dürfte, die demobilisierten Soldaten sozial und ökonomisch in die Gesellschaft zu integrieren. Der Integrationsprozeß gestaltet sich schwierig, weil die Soldaten zu einem großen Teil keine Schul- und Berufsausbildung besitzen und nur das »Kriegshandwerk« gelernt haben. Dadurch sind

sie einseitig sozialisiert, zudem sind sie vom sozialen Abstieg bedroht und sperren sich häufig dagegen, wieder in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Sicherlich kann man davon ausgehen, daß die Soldaten nach Verteilung auf ihre meist ländlichen Herkunftsgebiete nicht mehr in der Lage sind, einen neuen Buschkrieg zu entfachen. Ein Sicherheitsrisiko liegt dagegen mehr im Bereich möglicher Bandenaktivitäten und punktueller Gewaltanwendungen, die nach den traumatischen Kriegserlebnissen sehr schnell zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und zu einer Destabilisierung in den betroffenen Regionen führen können. Erste Anzeichen gibt es bereits heute, wobei allerdings die sich verschlechternde Sicherheitslage, die jetzt auch auf die Städte übergreift, zweifellos nicht nur den demobilisierten Soldaten anzulasten ist.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Kriege und politisch-ökonomische Eingriffe führten in Mosambik sowohl während der Kolonialzeit wie auch zur Zeit der Dekolonisierung und in der postkolonialen Phase zu unterschiedlichen Flüchtlingsbewegungen. In weiten Teilen wurde das Land dadurch in seiner Entwicklung beeinträchtigt und destabilisiert.

Besonders schwerwiegende Folgen entstanden durch den RENAMO-Krieg, der – von Südafrika gestützt – als eine typische Auseinandersetzung im Ost-West-Konflikt gelten kann. Wie die Ausführungen zu zeigen versuchten, steht das Land vor einer unlösbaren Aufgabe, die negativen Auswirkungen dieses Krieges allein zu bewältigen. Für eine zukunftsorientierte positive Entwicklung stellen die Ressourcen und Naturraumpotentiale nicht die begrenzenden Faktoren dar: sie bieten vergleichsweise günstige Bedingungen. Ein entscheidendes Entwicklungshindernis bildet heutzutage die noch ausstehende Reintegration der Flüchtlingsgruppen und der Soldaten in das ökonomische und gesellschaftliche Leben. Vor allem für eine Entwicklung der ländlichen Räume scheint die Lösung dieser Frage unerlässlich.

Vor dem Hintergrund der heutigen Lage sind zunächst einmal *Entwicklungskonzepte* zu fördern, welche die Befriedigung der Grundbedürfnisse für den Großteil der Bevölkerung sicherstellen. Erst auf dieser Basis kann eine Entwicklung der ländlichen Räume einsetzen, die die Charakterisierungen »dauerhaft« und »nachhaltig« auch wirklich verdient. Diese hat sinnvollerweise an den Selbsthilfepotentialen der ländlichen Zielgruppen und der durch sie handhabbaren Technologien anzusetzen unter weitestgehender Bezugnahme auf regionale Ressourcen. In jedes Lösungskonzept muß ebenso ein verbesserter Zugang der ländlichen Bevölkerung zu Produktionsmitteln, zu Beratungs- und Vermarktungsmöglichkeiten und zu Krediten einbezogen werden. Jedes Lösungskonzept hat darüber hinaus eine quantitative und qualitative Verbesserung der staatlichen Institutionen und Organisationen anzustreben, damit sie in die Lage versetzt werden, dezentrale Planungs- und Entwicklungsprozesse (z. B. auf Provinz- und Distriktebene) zu organisieren und umzusetzen. Bleiben die Institutionen schwach und handlungsunfähig, so ist absehbar, daß sich die ohnehin bestehende Versorgungs- und Entwicklungskrise weiter verschärft und die Stabilität im Lande negativ beeinflusst.

Literatur

- Ch. Alden, M. Simpson. »Mozambique: Delicate Peace«. *The Journal of Modern Africa Studies* (1993), 31, 109-130.
J. Blaschke, A. Germershausen (Hg.). *Sozialwissenschaftliche Studien über das Weltflüchtlingsproblem*. Berlin 1992.

- G. Bohme u. a. (Hg.). *Migration und Ausländerfeindlichkeit*. Darmstadt 1994.
- S. Brüne. »Peacekeeping – Zur Rolle und zum Selbstverständnis der Vereinten Nationen in Mosambik«. *Nord-Süd aktuell* VII (1993), 4, 613-623.
- Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GTZ. *Proposal for the Reintegration of Refugees. Displaced Persons and Ex-Combatants*. Eschborn 1992.
- M. Glagow u. a. *Demokratisierung und Entwicklung in Mosambik – Gesellschaftliche Selbstorganisation und die Rolle von Nicht-Regierungsorganisationen in Mosambik*. Teil 1+2. Bielefeld 1994.
- J. Hanlon. *Mosambik. Revolution im Kreuzfeuer*. Edition Südliches Afrika 21. Bonn 1984.
- P. Meyns. *Demokratie und Strukturreform im portugiesisch-sprachigen Afrika*. Freiburger Beiträge zur Entwicklung und Politik, 9. Freiburg 1992.
- F. Nuscheler. *Nirgendwo zu Hause. Menschen auf der Flucht*. München 1988.
- P. J. Opitz (Hg.). *Das Weltflüchtlingsproblem – Ursachen und Folgen*. München 1988.
- R. Richter. *Flüchtlingsfragen in Afrika. Zwangsmigrationen im Rahmen größerer Entwicklungsprozesse*. Hg. Otto Benecke Stiftung. Baden-Baden 1992.
- K. Rupesinghe, M. Kuroda (Hg.). *Early Warning and Conflict Resolution*. New York 1992.
- UNHCR. *Die Lage der Flüchtlinge in der Welt. UNHCR-Report 1994*. Bonn 1994.
- UNHCR (Hg.). *Flüchtlinge* (1990), 4, 19-34: »Flüchtlinge aus Mosambik«.
- United Nations Department for Humanitarian Affairs/UNOHAC. *Consolidated Humanitarian Assistance Programme for 1994*. Maputo 1994.
- H.-J. Wenzel, J. Bannermann. *Population Structure and Population Development in Manica Province*. Chimoio 1994.
- H.-J. Wenzel, U. Weyl. *Der Kleinbauernsektor in Mosambik. Entwicklung und Entwicklungskonzepte im Zeichen von Kolonialismus, Sozialismus und struktureller Anpassung*. OSG-Materialien 20/92. Osnabrück 1992.
- H.-J. Wenzel, U. Weyl. »Eigenständige ländliche und kleinbäuerliche Entwicklung in Mosambik? Perspektiven und Hindernisse«. *Afrika Spectrum* (1993), 28, 359-374.
- C. Werner. *Reintegration von Flüchtlingen. Eine Feldstudie aus Honde, Cruz, Catandica und Nhampassa im Barue-Distrikt der Provinz Manica*. Praktikumsbericht. Chimoio, Osnabrück 1994.
- M. Wöhlcke. *Umweltflüchtlinge – Ursachen und Folgen*. München 1992.